

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

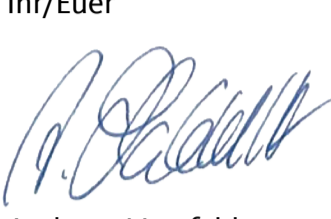
diese Woche stand vor allem das Verteidigungsministerium um Christine Lambrecht im Mittelpunkt. Kurz nach ihrem Rücktritt übernahm der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius das Amt des Verteidigungsministers und steht somit vor neuen Herausforderungen. Auch der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland dauert weiterhin an, sodass neue Waffenlieferungen für die Ukraine im Gespräch waren. Dabei ging es vor allem um neue Lieferungen von Kampfpanzern vom Typ Leopard. Des Weiteren stand die Silvesternacht im Fokus, in der Einsatzkräfte attackiert und mit Feuerwerk beschossen wurden. Im Gespräch waren dabei unter anderem Bildungs- und Integrationsangebote. Auch der Vorschlag der Ampel zu der neuen Wahlrechtsreform bildete einen wichtigen Bestandteil dieser Woche. In dieser wird der Einzug eines Abgeordneten im Bundestag vor allem durch die Liste der Parteien und nicht mehr durch die direkte Bürgerstimme bestimmt.

Besonders freut mich, dass mich Simon Prenzlow im Büro unterstützt, der zurzeit sein Schülerpraktikum bei mir in Berlin macht. Mehr zu diesen sowie weiteren Themen finden Sie wie gewohnt weiter unten.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer



Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE

PRAKTIKUM IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

mein Name ist Simon Prenzlow und ich absolviere derzeit mein Praktikum im Bundestag bei Herrn Mattfeldt. Ich komme aus dem Landkreis Helmstedt in Niedersachsen und bin 17 Jahre alt. Ich besuche zurzeit das Gymnasium Anna-Sophianum in Schöningen. In meiner Freizeit spiele ich Fußball und habe das Fitnessstudio für mich entdeckt.

Da meine Schule für das elfte Schuljahr ein dreiwöchiges Praktikum vorgesehen hat, musste ich mir für diesen Januar einen Praktikumsplatz suchen. Da ich mich politisch sehr für die Prozesse im Bundestag interessiere und ich bereits Herrn Mattfeldt kannte, konnte ich mir direkt im April letzten Jahres einen Praktikumsplatz bei ihm sichern.

Die Zeit bis zum Januar verging schnell und so fuhr ich einen Tag vor Praktikumsbeginn nach Potsdam, wo ich über die Praktikumszeit auch wohne. So startete ich mit viel Vorfreude aber auch mit ein wenig Aufregung in den ersten Tag meines Praktikums. Angekommen im Bundestag wurde ich durch die Gebäude und Häuser des Bundestages geführt und ich konnte mir einen ersten Einblick über das Geschehen im Bundestag verschaffen. Während der Woche habe ich viele neue, nette Menschen kennengelernt, die mich gut mit in den Bundestag aufgenommen haben. Da meine erste Praktikumswoche eine sitzungsfreie Woche war, gestaltete sich diese ziemlich ruhig, sodass ich zuerst anfallende Büroarbeiten übernommen habe. So konnte ich mir auch ein Bild von den Büroarbeiten abseits von Sitzungen im Bundestag machen. Zum Beispiel konnte ich durch die eingereichten Petitionen direkt mitbekommen, welche Missstände oder Probleme Bürgerinnen und Bürger in unserem Land beschäftigen.



Anschließend hat die darauffolgende Sitzungswoche begonnen und ich wurde zu ersten Terminen und Sitzungen mitgenommen. Ich durfte mir unter anderem die stattfindenden Ausschüsse und AGs anschauen und mit beobachten, wie über bestimmte Themen diskutiert und abgestimmt wurde. So konnte ich sehen, welche politischen Aufgaben und Pflichten ein Abgeordneter im Bundestag hat. Die Sitzungen waren für mich als Praktikant sehr spannend zu beobachten und ich konnte viel Neues daraus lernen. Bis jetzt gefällt mir die Arbeit im Bundestag sehr und ich freue mich auf die nächste Woche, die auch eine Sitzungswoche ist, in der ich noch einmal Herrn Mattfeldt über die Schulter schauen kann und mir die politische Arbeit im Bundestag angucken kann.

THEMEN DER WOCHE

VERSORGUNGSSICHERHEIT MIT ARZNEI-MITTELN

Die Versorgungslage mit Medikamenten hat sich in den letzten Wochen massiv verschlechtert. Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin oder Krebsmedikamente sind flächendeckend kaum noch erhältlich oder nur mit hohem Aufwand zu bekommen. Der Bundesgesundheitsminister kündigt aber zur Abhilfe lediglich langfristige Regelungen an. Doch gehandelt werden muss jetzt. Wir setzen daher auf einen Beschaffungsgipfel, auf dem alternative Beschaffungen aus dem Ausland, verbesserte Verteilungs- und Austauschmöglichkeiten und ein nationales Frühwarnsystem diskutiert wurden. Darüber hinaus forderten wir die Steigerung der europäischen Arzneimittelproduktion oder zumindest eine effektivere europäische Beschaffung sowie eine Ertüchtigung von Apotheken. Durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz der Ampel wurde den Apotheken das Leben nicht leichter gemacht. Neben von dem Gesundheitsminister angekündigten langfristigen Regelungen bedarf es Akutmaßnahmen, die sofort wirken.

UNTERSTÜTZUNG DER UKRAINE

Der Beginn des verbrecherischen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine jährt sich bald zum ersten Mal. Doch trotz großer Anstrengungen, einem massiven Aufgebot an Menschen und Material und einer Kriegsführung, die ohne Rücksicht auf das internationale Recht bewusst auf Kriegsverbrechen setzt, ist es Russland nicht gelungen, die Ukraine zu unterwerfen. Daran haben westliche Waffenlieferungen einen entscheidenden Anteil. Wenn die Ukraine weiter gegen die russische Aggression bestehen und die besetzten Gebiete befreien soll, benötigt sie weitere Unterstützung in Form wirtschaftlicher, humanitärer und militärischer Hilfen. Denn der Erfolg der Ukraine liegt im strategischen Interesse Deutschlands und Europas.

Der Bundeskanzler muss jetzt nach der Amtszeit von Christine Lambrecht sicherheitspolitische Klarheit schaffen. Dazu gehört auch endlich die Lieferung von Kampfpanzern vom Typ Leopard. Dieser Schritt muss im Verbund mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern geschehen. Allerdings steht der Bundeskanzler weiterhin auf der Bremse. Nur mit Waffenlieferungen auf qualitativ hohem Niveau kann die Ukraine sich gegen die russischen Angriffe zu verteidigen.

DIE SILVESTERKRAWALLE

Die Krawalle der Silvesternacht haben Deutschland erschüttert. Besonders verwerflich – und in dieser Form bisher nicht dagewesen – waren geplante und systematische Angriffe auf Einsatzkräfte: Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste wurden von den Tätern nicht nur tätlich angegriffen, sondern auch mit Feuerwerk beschossen und systematisch in Hinterhalte gelockt. Ein Schwerpunkt der Ausschreitungen war – wieder einmal – Berlin. Unter den vorläufig Festgenommenen befindet sich ein hoher Anteil von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit oder mit Migrationshintergrund.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sind Helfer, die sich für die Menschen in unserem Land einsetzen. Wer sie angreift, greift die ganze Gesellschaft an. Angriffe auf Einsatzkräfte sind deshalb auch ein Ausdruck von fundamental mangelndem Respekt gegenüber dem deutschen Staat und den grundlegenden Regeln des Zusammenlebens in Deutschland.

Wir wollen deshalb einen starken Staat, der die Regeln des Rechtsstaats überall durchsetzt. Als Union haben wir in den letzten Jahren wichtige Weichenstellungen vorgenommen, die Sicherheitsbehörden umfassend personell gestärkt und u.a. 2017 das Strafmaß für Angriffe auf Rettungskräfte erhöht. Bei der Umsetzung sind aber in erster Linie die Länder gefragt. Das fängt im Kindergarten mit dem Erlernen des Einhaltens von Regeln an und setzt sich mit regelmäßigem und sichtbarer Polizeipräsenz in den Brennpunktvierteln fort. Das nutzt dann allen dort lebenden und Grenz überwindend rechtstreu Menschen.

Rechtsstaat durchsetzen heißt auch: Endlich Vollzugsdefizite bei Polizei und Justiz angehen. Gerade hier braucht es deutlich mehr Personal und klare Entscheidungen der Justiz, die den vom Gesetz gegebenen Rahmen auch nutzen. Ausstattung und Ausrüstung der Polizei müssen wir verbessern. Auch eine nochmalige Heraufsetzung des Strafrahmens bei Angriffen gegen Einsatzkräfte wurde diskutiert. Stark muss der Staat auch bei echten Bildungs- und Integrationsangeboten sein. Dazu brauchte es eine klare und offene Diskussion, was bei der Integration in manchen Städten schiefgelaufen ist. Wir haben Lösungen besprochen, wie wir diese Probleme in den Griff bekommen. Wir brauchen gute Bildungs- und Integrationsangebote gerade in den Brennpunktvierteln.

NAHRUNGSMITTELVERSORGUNG SICHERSTELLEN

Die Auswirkungen der Corona-Krise sowie die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben viele Menschen vor Augen geführt, dass eine ausreichende Versorgung mit vielfältigen Lebensmitteln nicht selbstverständlich ist. Deutlich wurde auch, wie wichtig es ist, sich nicht in eine komplette Abhängigkeit zu einzelnen Drittstaaten zu begeben. Vielmehr gilt es dafür zu sorgen, dass Deutschland und die Europäische Union sich so weit wie möglich selbstständig mit Nahrungsmitteln versorgen beziehungsweise auf vielfältige Lieferketten und Handelspartner setzen können. Die gilt es bei allen relevanten politischen zu stellen. Mit unserem Antrag für eine Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung machen wir konkrete Vorschläge, wie wir die Ernährungssicherheit in Deutschland stärken können.

VÖLKERMORD AN DEN JESIDINEN UND JESIDEN

Gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen bringen wir einen interfraktionellen Antrag ein, in dem es um den Völkermord an den Êzîdinnen und Êzîden geht. Damit erkennt der Deutsche Bundestag die Verbrechen des sog. Islamischen Staates (IS) gegen die Gemeinschaft der Jesiden als Völkermord an und folgt dabei der rechtlichen Bewertung des Sonderermittlungsteams der Vereinten Nationen (UNITAD). Die Anerkennung des Völkermordes ist wesentlicher Teil der Aufarbeitung der Verbrechen, ein wichtiges Signal im Hinblick auf die von den Opfern geforderte Gerechtigkeit und somit Teil eines möglichen Beginns des Versöhnungsprozesses der Jesiden mit weiteren religiösen und ethnischen Minderheiten sowie der muslimischen Mehrheitsbevölkerung.

HILFE FÜR ME/CFS-BETROFFENE

ME/CFS ist eine schwerwiegende Erkrankung, die zu krankhafter Erschöpfung (Fatigue) und Verschlechterung der Symptome nach jeglicher Anstrengung (Post-Exertional Malaise) führt. Die Anzahl der weltweit Erkrankten wird auf 17 bis 24 Millionen Menschen geschätzt. ME/CFS schränkt die Lebensqualität der Betroffenen stark ein. Obwohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ME/CFS bereits 1969 als neurologische Erkrankung klassifiziert hat, gibt es bis heute keine zugelassene kurative Behandlung oder Heilung. Bereits vor der COVID-19-Pandemie waren in Deutschland mindestens eine Viertelmillion Menschen betroffen; darunter ca. 40.000 Kinder und Jugendliche. Es bedarf dringend flächendeckender, interdisziplinärer und umfassender Versorgungsstrukturen, um das Leid so vieler Menschen in Deutschland zumindest schnell zu mildern. Dafür muss eine gute medizinische sowie pflegerische Versorgung sichergestellt werden. Dringend bedarf es ebenfalls der klinischen Prüfung und Zulassung von Medikamenten, um die Erkrankung ursächlich zu behandeln.

NEUSTART FÜR SCHAUSTELLERGERWERBE

Corona hat die Schaustellerbranche und damit auch die Volksfest- und Marktkultur und Zirkusse hart getroffen. Seit dem Frühjahr 2020 war ein regulärer Geschäftsbetrieb nicht mehr möglich. Jede abgesagte Veranstaltung hat große Löcher in die Kassen der Betriebe gerissen. Ressourcen und Ersparnisse sind aufgebraucht. Jetzt laufen die Veranstaltungen wieder an, die Perspektiven sind da. Mit unserem Antrag für einen Neustart für diese Schausteller werden wir auf, was zur Unterstützung der Branche getan werden muss. Wir schlagen finanz- und wirtschaftspolitisch aktivierende Maßnahmen vor, insbesondere: Maßnahmen im Rahmen der Schlussabrechnung der Corona-Hilfen, gewerberechtliche Anpassungen, steuerliche Impulse (bessere Verlustverrechnung, Turboabschreibung); bessere Fachkräftegewinnung und eine stärkere Verknüpfung mit touristischen Aktivitäten.

HAFENSTANDORT DEUTSCHLAND

Die deutschen Seehäfen sichern – im Zusammenspiel mit dem Nord-Ostsee-Kanal – Wohlstand, Beschäftigung und Versorgungssicherheit in Deutschland. Zwei Drittel des deutschen Außenhandels werden über die Seehäfen abgewickelt. Rund 70 Prozent seines Energieaufkommens deckt Deutschland durch den Import verschiedener Energieträger über die Häfen. Damit die deutschen Häfen im internationalen Wettbewerb nicht weiter zurückfallen, resiliente und effiziente Energie- und Rohstoffstrukturen entstehen und Abhängigkeiten von anderen Staaten reduziert werden, fordern wir mit unserem Antrag: Hafenstandort Deutschland stärken. Dazu schlagen wir neben der Entwicklung einer langfristig angelegten Nationalen Hafenstrategie umgehender, wirksamer Maßnahmen vor, die den geostrategischen Interessen Deutschlands und der Europäischen Union dienen.

UNTERSTÜTZUNGSHILFEN FÜR UNTERNEHMEN

Der Bund hat infolge der akuten Energiekrise und mittlerweile Milliarden zur Unterstützungshilfe geleistet und noch mehr bereitgestellt. Aus den Medien werden viele vor allem die Stützung von Uniper und SEFE sowie deren Übernahme durch den Bund oder die von der Bundesregierung veranlassenen Gasankäufe durch Trading Hub Europe mitbekommen haben.

Mein Eindruck war, dass selbst die beteiligten Ministerien Schwierigkeiten haben, den vollen Überblick zu behalten. Um hier etwas Klarheit zu schaffen und die Ministerien zu Themen rund um unsere Energiesicherheit zu befragen, habe ich gestern die Berichterstatter und haushaltspolitischen Sprecher der anderen Fraktionen sowie die Ministerien zu einem Sonderberichterstattungsgespräch eingeladen.

Aufgrund der Vertraulichkeit der Informationen kann ich hierzu nicht viel sagen, außer dass es hier noch viel zu tun gibt. Es bedarf jedoch dringend eines Gesamtkonzepts. Außerdem muss geregelt werden, wie der Staat hier eine Exit-Strategie umsetzt. Ich bin zudem heute noch der Meinung, dass der Staat dauerhaft nicht der bessere Unternehmer ist.

WAHLKREIS AKTUELL

WAHLRECHTSREFORM

Es gab in dieser Woche erneut Änderungen um die Vorstellungen einer neuen Wahlrechtsreform. Die Ampel will die Bürgerstimme, die die bisherige Erststimme war, entwerfen. In vielen Wahlkreisen soll es künftig keinen direkt gewählten Abgeordneten mehr geben. Die Bürgerinnen und Bürger würden dann häufig keine unmittelbare Interessenvertretung im Bundestag mehr haben. Welche Personen tatsächlich in den Deutschen Bundestag einziehen, wird nach dem Willen der Ampel künftig stärker von den Listen der Parteien abhängen als von der Bürgerstimme der Wählerinnen und Wähler. Das von der Ampel vorgestellte Wahlrechtsmodell stellt somit einen in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Bruch mit dem System der personalisierten Verhältniswahl dar.

Wir sind weiterhin bereit, ernsthafte Gespräche mit der Ampel über eine Wahlrechtsreform zu führen. Aber wer die meisten Stimmen in einem Wahlkreis erringt, muss auch in den Bundestag einziehen. Für uns gilt: Die Bürgerstimme muss zählen.